



Regionalbericht Lateinamerika und Karibik

**Alte Schwächen und neue
Herausforderungen**

von Ariam Macias-Weller und Thomas Kestler

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026032

Regionalbericht BTI 2026

Lateinamerika und Karibik

Alte Schwächen und neue Herausforderungen

von Ariam Macias-Weller und Thomas Kestler*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Trinidad und Tobago, Uruguay und Venezuela



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Ariam Macias-Weller/Thomas Kestler, Alte Schwächen und neue Herausforderungen — BTI 2026-Regionalbericht Lateinamerika und Karibik, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Ariam Macias-Weller ist unabhängige Beraterin und BTI-Regionalkoordinatorin für Lateinamerika und die Karibik. PD Dr. Thomas Kestler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, Soziologie der Universität Würzburg und BTI-Regionalkoordinator für Lateinamerika und die Karibik

Einleitung

Der demokratische und wirtschaftliche Wandel sowie die Qualität der Regierungsführung in Lateinamerika und der Karibik zeigten im Berichtszeitraum keine ausgeprägten Trends. Die demokratische Qualität ging leicht zurück (-0,09), während die Indikatoren für marktwirtschaftliche Transformation (+0,02) und Governance (+0,03) sehr moderate Verbesserungen verzeichneten. Die meisten Länder haben die Turbulenzen der COVID-19-Krise zwar hinter sich gelassen, doch es zeichnen sich neue Risiken und Herausforderungen ab. Die sozialen Unruhen vorangegangener Jahre und der unmittelbare wirtschaftliche Druck haben etwas nachgelassen und einer relativen Beruhigung Platz gemacht. Insgesamt lassen sich die Entwicklungen seit Februar 2023, je nach Perspektive, entweder als Stagnation oder als Kontinuität interpretieren. Eine genauere Betrachtung einzelner Kriterien lässt jedoch neben gleichbleibenden Befunden auch divergierende Entwicklungen erkennen.

Im Hinblick auf die demokratische Transformation sind mehrere friedliche und relativ faire Wahlprozesse sowie die Überwindung der post-elektoralen Krisen in Brasilien und Guatemala als positive Entwicklungen hervorzuheben. Auch in Bolivien, Chile und Ecuador konnten soziale und politische Konflikte nach einer Phase intensiver Mobilisierung ein Stück weit befriedet und institutionell kanalisiert werden. Insgesamt erfüllen die demokratischen Institutionen ihre grundlegenden Funktionen, auch wenn bei der Transformation zu liberalen Demokratien nur geringe Fortschritte erzielt wurden. Gleichzeitig haben sich die autokratischen Regime in der Region nicht nur nicht liberalisiert, sondern sind in einigen Fällen sogar noch repressiver geworden, insbesondere in El Salvador (-0,30) und Nicaragua (-0,28). Trotz dieser Verhärtung wird der Erfolg der Regierung Bukele bei der Eindämmung der Bandenkriminalität und der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in El Salvador weithin anerkannt, was den punitiven Populismus in der gesamten Region attraktiver macht. Während innerhalb der Bevölkerung die Demokratie als solche in der Region grundsätzlich hohe Zustimmung erfährt, schafft die Unzufriedenheit mit dysfunktionalen Aspekten der demokratischen Regierungsführung einen fruchtbaren Boden für populistische Bewegungen. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich aus der Fragmentierung der Parteiensysteme und der zunehmenden Polarisierung, die oft zu institutionellen Blockaden oder Ungleichgewichten führen.

Gleichzeitig stagniert die wirtschaftliche Entwicklung weitgehend. Zwar ist die Inflation überwiegend unter Kontrolle und zentrale ökonomische Pfeiler, insbesondere das Bankensystem und die Staatsfinanzen, sind in den meisten Ländern vergleichsweise solide. Die Produktivität bleibt jedoch niedrig, während ein hoher Anteil an Informalität und Armut sowie Ungleichheit in der Einkommensverteilung fortbestehen. Nach einer kurzen Aufholphase nach der COVID-Pandemie fielen die Wachstumsraten in den meisten Ländern auf ein bescheidenes Niveau – laut der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) betrug das durchschnittliche Wachstum in der Region 2,09 % im Jahr 2023 und 2,4 % im Jahr 2024. Eine Trendumkehr bei den seit dem Ende des Rohstoffbooms rückläufigen Wachstumsraten ist noch nicht in Sicht. Unterdessen haben sich die wirtschaftlichen Risiken in einigen Ländern (z. B. in Bolivien, El Salvador, Kolumbien und insbesondere Kuba) aufgrund steigender Defizite, sinkender Exporteinnahmen und der Abhängigkeit von Rücküberweisungen aus dem Ausland (*Remittances*) deutlich erhöht. Generell besteht ein enger Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

und dem politischen Transformationsstand: Demokratische Länder sind eher wirtschaftlich erfolgreich, während die meisten autokratischen Regime – Haiti, Kuba und Venezuela – unter wirtschaftlichen Verwerfungen leiden. In der gesamten Region stagniert die wirtschaftliche Transformation in den Bereichen Marktorganisation (+0,02), Eigentumsrechte (-0,02) und Sozialsysteme (-0,07). Im Bereich der nachhaltigen Entwicklung bestehen weiterhin gravierende Probleme, da viele Länder wirtschaftliche Interessen über Umweltbelange stellen. Die Qualität der Bildung und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind überwiegend niedrig, was die Aussichten für künftiges Wachstum beschränkt.

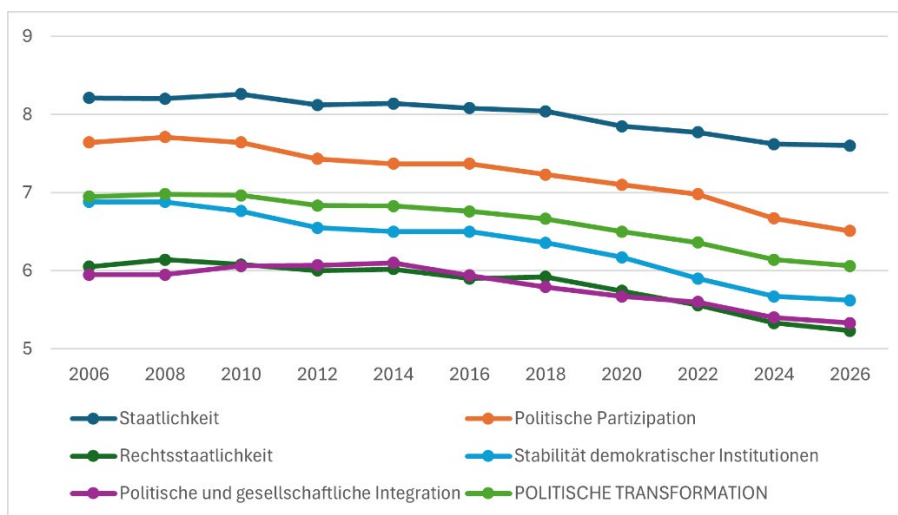
Die aktuell in Lateinamerika verfolgte Entwicklungsstrategie lässt sich am besten als fragmentiert und reaktiv beschreiben, geprägt von politischen Zyklen, externen Faktoren und sozialem Druck. Viele Länder haben sich von starren Wirtschaftsmodellen abgewandt und versuchen stattdessen pragmatisch, Wachstum, Inklusion und makroökonomische Stabilität in Einklang zu bringen. Linksgerichtete Regierungen in Chile, Kolumbien und Mexiko sind nicht von marktwirtschaftlichen Prinzipien abgerückt, sondern haben vielmehr versucht, Ziele der sozialen Inklusion mit wirtschaftlicher Stabilität zu verbinden. Zugleich gewann mit der Wahl von Javier Milei zum argentinischen Präsidenten im Jahr 2023 ein radikal liberales Modell beruhend auf Haushaltsdisziplin und Deregulierung an Bedeutung, dessen Tragfähigkeit sich jedoch noch erweisen muss. Generell zeigen sich in Lateinamerika und der Karibik erhebliche Unterschiede in den Entwicklungswegen der einzelnen Länder, von denen die meisten über keine langfristigen, koordinierten Strategien verfügen, was nachhaltiges Wachstum und Entwicklung bremst.

Ein ähnlich uneinheitliches Bild ergibt sich aus den Governance-Indikatoren, die sich nach mehreren Jahren des stetigen Rückgangs auf der Aggregatebene zuletzt überwiegend seitwärts bewegt haben. Viele Länder, insbesondere in Mittelamerika, leiden nach wie vor unter gravierenden strukturellen Beschränkungen, darunter extreme Armut, Kriminalität, ein niedriges Bildungsniveau und Risiken aufgrund der geografischen Lage, die sie anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels macht. Diesen Ländern fehlen auch angemessene Strukturen für politische Lernprozesse und die Koordination der Politikgestaltung, was häufig mit einer ineffizienten Nutzung der verfügbaren Ressourcen einhergeht. Am unteren Ende der Skala stehen autokratische Regime – Venezuela (1,57), Nicaragua (2,61) und Haiti (2,62) – mit den schlechtesten Governance-Werten (siehe Tabelle 3). Auf der anderen Seite hat eine Reihe von Ländern, vor allem im Süden des Subkontinents, ein hohes Governance-Niveau erreicht, was sich in einer erfolgreichen Umsetzung von Reformen spiegelt. Ein bemerkenswertes Beispiel ist Brasilien (+1,89), wo das unberechenbare und konfrontative Verhalten der Regierung Bolsonaro einem konstruktiveren Regierungsstil gewichen ist und wichtige Regierungsbehörden ihre Funktionsfähigkeit zurückerlangt haben. Allerdings bestehen weiterhin gravierende Mängel bei der Korruptionsbekämpfung, die einerseits auf institutionelle Defizite und andererseits auf die Unterwanderung von Justiz und Sicherheitskräften durch kriminelle Akteure zurückzuführen sind. Einige Aufsehen erregende Korruptionsfälle warfen ein Schlaglicht auf die Verbindungen zwischen der organisierten Kriminalität und staatlichen Akteuren, darunter die Exekutive und die höchsten Ebenen der Justiz. Trotz beachtlicher Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung in einigen Ländern untergraben vielfach selektive Strafverfolgung und mangelnde politische Verantwortlichkeit die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen.

Politische Transformation

In der übergreifenden Bewertung erweisen sich zwar die institutionellen Kernstrukturen als widerstandsfähig und relativ funktionsfähig, jedoch tendiert die demokratische Qualität insgesamt in der Region zur Verschlechterung (z. B. in Bezug auf den Parteienwettbewerb, die Interessenvermittlung und die Rechtsstaatlichkeit, siehe Abbildung 1). In den Bereichen politische Partizipation und Rechtsstaatlichkeit waren im Berichtszeitraum mit $-0,15$ bzw. $-0,10$ die stärksten Rückgänge zu verzeichnen. Alle anderen Kriterien der politischen Transformation gingen ebenfalls zurück, wenn auch in geringerem Maße, mit Veränderungen im Bereich zwischen $-0,07$ und $-0,02$. Nennenswerte Schritte in Richtung demokratische Konsolidierung waren hingegen im Berichtszeitraum kaum zu beobachten. Die meisten Länder stagnierten oder verzeichneten leichte Rückgänge bei der demokratischen Qualität (siehe Abbildung 2). Eine positive Ausnahme bildet Brasilien, das nach der turbulenten Regierungszeit von Jair Bolsonaro wieder das frühere Demokratielevel erreicht hat, mit bemerkenswerten Verbesserungen bei der Qualität der politischen Partizipation ($+1,0$) und der Rechtsstaatlichkeit ($+0,8$). Leichte Fortschritte wurden auch in Guatemala ($+0,20$), der Dominikanischen Republik ($+0,15$) und in geringerem Maße in Kolumbien ($+0,05$) erzielt, was hauptsächlich auf eine an demokratischen Normen orientierte politische Führung zurückzuführen ist, die demokratischen Institutionen und Verfahren respektiert. Die meisten Länder haben jedoch an demokratischer Qualität eingebüßt. Die größten Rückgänge auf der Indikatorenebene betreffen das Parteiensystem ($-0,28$) und die Meinungsfreiheit ($-0,23$). Alte Schwächen, verbunden mit neuen internen und externen Herausforderungen – darunter eine zunehmend prekäre Sicherheitslage, der Einfluss der Trump-Regierung in den USA und geopolitische Unsicherheiten – behindern den politischen Wandel.

Abb. 1: Politische Transformation in Lateinamerika und der Karibik BTI 2006–2026
(ohne Trinidad und Tobago)

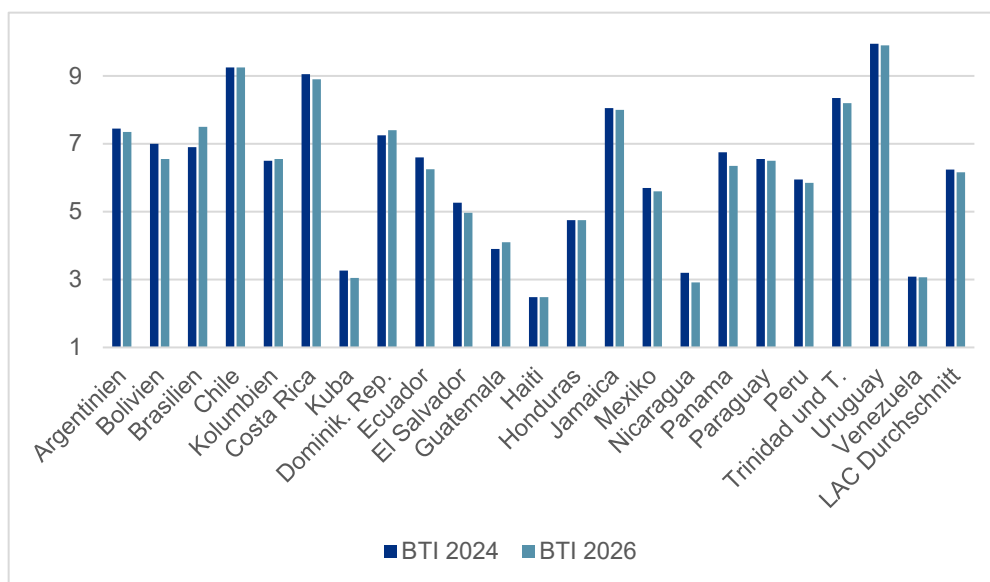


Am stärksten verschlechterten sich die Demokratie-Indikatoren in der moderaten Autokratie El Salvador, wo insbesondere die Qualität der politischen Partizipation stark zurückging ($-1,0$). Im Jahr 2024 errang der alte und neue Präsident Nayib Bukele zwar mit rund 83% der Stimmen einen erdrutschartigen Sieg, wodurch er sich eine zweite Amtszeit sicherte. Während Bukeles Wahlsieg jedoch von internationalen Beobachtern als weitgehend unangefochten beurteilt wurde, war

seine Kandidatur und seine Wiederwahl nach vielfacher Einschätzung verfassungswidrig. Demgegenüber war in der repressiven Autokratie Venezuelas der Wahlprozess des Jahres 2024 selbst von massiven Unregelmäßigkeiten geprägt. Überwältigende Beweise sprechen dafür, dass der amtierende Präsident Nicolás Maduro mit großem Abstand verloren hatte. Dennoch erklärte die Wahlbehörde Maduro zum Sieger, ohne die Unterlagen zur Stimmauszählung zu veröffentlichen, womit das Ausmaß des Wahlbetrugs in Venezuela eine neue Qualität erreichte.

Abgesehen von diesen autokratischen Fällen funktionierte das Wahlsystem in der übrigen Region jedoch relativ gut. In den als demokratisch eingestuften Ländern liegt der Durchschnittswert für freie und faire Wahlen bei 8,63 (auf einer Skala von 1 bis 10), was darauf hindeutet, dass regelmäßig transparente und kompetitive Wahlen stattfinden. In Mexiko konnte die regierende Partei Morena bei den historischen Wahlen des Jahres 2024 ihre Macht verteidigen. Claudia Sheinbaum, die mit rund 61% mehr Stimmen erhielt, als jemals für eine Kandidatin oder einen Kandidaten registriert wurden, und in 31 von 32 Bundesstaaten an der Spitze lag, wurde zu Mexikos erster Präsidentin gewählt. Bei den Parlamentswahlen gewann die Allianz Sigamos Haciendo Historia unter Führung der regierenden Partei Morena die Mehrheit im Senat und erreichte in der Abgeordnetenversammlung den höchsten Sitzanteil (300 von 500 Sitzen) einer Partei oder Koalition seit 1982. Die amtierenden Parteien verteidigten ihre Macht auch in Paraguay sowie in der Dominikanischen Republik, wo Präsident Luis Abinader seit seinem Amtsantritt im Jahr 2020 messbare Fortschritte verzeichnen konnte, insbesondere bei der Rechtsstaatlichkeit und der Wiederherstellung stabiler demokratischer Institutionen. Damit ist die Dominikanische Republik ein erfreuliches Beispiel für die Wiederbelebung der Demokratie inmitten einer allgemeinen Tendenz zum demokratischen Rückschritt in der Region.

Abb. 2: Politische Transformation in Lateinamerika und der Karibik, BTI 2024 vs. BTI 2026



In Uruguay, wo im Untersuchungszeitraum ebenfalls Wahlen stattfanden, kam es zu einem Regierungswechsel. Die Mitte-Links-Partei Frente Amplio kehrte nach einem knappen Sieg über das regierende konservative Bündnis im Oktober 2024 an die Macht zurück. Auch in Guatemala, Argentinien, Ecuador und Panama entschieden sich die Wählerinnen und Wähler für einen Regierungswechsel. Im ersten Fall fanden die Wahlen in einem stark polarisierten politischen Umfeld statt. Der Wahlprozess wurde zwar als ausreichend frei und fair beschrieben, wurde jedoch

durch rechtliche und institutionelle Probleme beeinträchtigt. Im Anschluss an die Wahlen kam es zu einer politischen Destabilisierung, als die Staatsanwaltschaft erfolglos versuchte, das Ergebnis für ungültig zu erklären und die Amtseinführung des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo von der Mitte-Links-Partei Movimiento Semilla zu verhindern. In Argentinien gewann der libertäre Außenseiter Milei die Stichwahl im November 2023 und beendete damit das bipolare Muster des Parteienwettbewerbs zwischen Peronisten und Konservativen. In allen Fällen wurden die Wahlergebnisse von den unterlegenen Parteien und Kandidaten akzeptiert, selbst dort, wo die Wahlen in einem Umfeld intensiver politischer Konflikte und Polarisierung stattfanden. Sofern verfassungsmäßige Amtszeitbeschränkungen bestanden, wurden diese von den Amtsinhabern respektiert, was in der Vergangenheit nicht immer selbstverständlich war.

Während sich die Wahlregime als weitgehend widerstandsfähig erwiesen, zeigten sich bei anderen Indikatoren der politischen Partizipation gravierende Mängel, insbesondere bei der Meinungsfreiheit und dem Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Im ersteren Bereich waren Haiti und El Salvador die Länder mit den niedrigsten Werten und starken Rückgängen im Berichtszeitraum. Die Lage für Journalistinnen und Journalisten in Haiti wurde angesichts der zunehmenden Gesetzlosigkeit, die weite Teile des Landes erfasst hat, und des Mangels an Schutz durch die Polizei noch prekärer und gefährlicher. Laut dem Global Impunity Index 2024 des Committee to Protect Journalists ist Haiti das Land, in dem die meisten Morde an Medienschaffenden ungestraft bleiben. In El Salvador berichten unabhängige Medien (z. B. El Faro und La Prensa Gráfica) zwar weiterhin kritisch über die Regierung, doch werden sie durch anhaltende Schikanen und Angriffe daran gehindert, ihrer Rolle als Vierte Gewalt nachzukommen. Viele Journalistinnen und Journalisten üben aus Angst vor Repressalien Selbstzensur aus. In Erwartung weiterer Behinderungen und Einschränkungen verlegten kritische Medien (z. B. El Faro) ihren Sitz ins Ausland. Im Mai 2025, kurz nach dem Ende des Berichtszeitraums, wurde in El Salvador außerdem das umstrittene „Auslandsagenten“-Gesetz verabschiedet, das der Regierung weitreichende Befugnisse zur Sanktionierung und Auflösung jeder Organisation einräumt, die als ausländischer Agent eingestuft wird.

Am oberen Ende der Skala findet sich Brasilien, das unter Präsident Lula als einziges Land der Region bei der Meinungsfreiheit Fortschritte erzielt hat. Nachdem Präsident Bolsonaro, der für die Verbreitung von Fehlinformationen und Angriffe auf die Medien verantwortlich war, aus dem Amt geschieden ist, hat Präsident Lula die Beziehungen zwischen den Medien und den staatlichen Institutionen normalisiert.

In mehreren Ländern wurden die Vereinigungs- und Versammlungsrechte im Zuge eines (teilweisen) Ausnahmezustands ausgesetzt, darunter Ecuador, El Salvador, Honduras, Jamaika und Trinidad und Tobago. Ecuador verzeichnete mit einem Minus von zwei Punkten den stärksten Rückgang, nachdem die Regierung das militärische Engagement im Bereich der öffentlichen Sicherheit verstärkt hatte. Dies führte zu zahlreichen Verhaftungen und Berichten über Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Festnahmen und übermäßige Gewaltanwendung gegen Demonstranten. Im Gegensatz dazu konnten Brasilien und Guatemala jeweils einen Punkt zulegen. Nachdem es in Brasilien unter der Regierung Bolsonaro wiederholt zu exzessiver Polizeigewalt gegen regierungskritische Demonstranten gekommen war, stellte die neue Regierung unter Lula da Silva die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wieder her. In Guatemala kam es 2023 zu Protesten, bei denen die Anerkennung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl gefordert wurde. Der Druck der Öffentlichkeit und internationaler Akteure, insbesondere der

USA, führte schließlich zu einer friedlichen Machtübergabe. Während die Polizei in der Vergangenheit häufig Drohungen und Gewalt gegen Demonstranten einsetzte, sind solche Vorfälle unter Präsident Arévalo rückläufig. Allerdings sorgt das Justizsystem nach wie vor aktiv für die Verhinderung der Strafverfolgung bei Übergriffen durch Sicherheitsorgane, während es mehrere Verfahren gegen wichtige Vertreter von Semilla eingeleitet hat, um die Partei politisch zu schwächen.

Auch im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Unabhängigkeit der Justiz, bestehen gravierende Mängel. In Bolivien wurden Justizbehörden in Wahlstreitigkeiten und Rivalitäten innerhalb des regierenden Movimiento al Socialismo (MAS) verwickelt. Die durch die Verfassung von 2009 eingeführte direkte Volkswahl der Richter der höchsten Gerichte hat keine positiven Veränderungen gebracht. Stattdessen dominiert weiterhin die Wahrnehmung, dass die Justiz der Regierung nahesteht und von regierungsnahen Interessengruppen beeinflusst wird. In Ecuador, Honduras und Paraguay leidet das Justizsystem unter Korruption und Drohungen gegen Richter durch kriminelle Organisationen, die auf diese Weise versuchen, milde Urteile zu erwirken, insbesondere in den unteren Instanzen. In ähnlicher Form ist die mexikanische Justiz von weit verbreiteter Korruption sowie einer großen Zahl anhängiger Verfahren und Ineffizienz beeinträchtigt, was zu einem hohen Maß an Straflosigkeit führt. Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt verstärkte der ehemalige mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador seine Bemühungen um eine Reihe von Justizreformen, die laut Kritikern die Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Justiz weiter schwächen könnten. Die umstrittenste Reform sieht die Wahl von mehr als tausend Justizämtern durch das Volk vor – darunter auch die Richter des Wahlgerichts und des Obersten Gerichtshofs. Die Erfahrungen Boliviens mit Justizwahlen mahnen zur Vorsicht, da die Wahl von Richtern unbeabsichtigt das Misstrauen der Öffentlichkeit fördern und die Politisierung der Justiz verstärken kann. In Guatemala spielte die Staatsanwaltschaft eine zentrale Rolle bei der Untergrabung der Unabhängigkeit der Justiz, indem sie das Rechtssystem als Waffe gegen politische Gegner, unabhängige Richter und Personen einsetzte, die sich für die Bekämpfung der Korruption engagieren.

Korruption bleibt ein ernstes Problem in der Region; die Ahndung von Amtsmissbrauch ist der Rechtsstaatlichkeitsindikator mit der durchschnittlich niedrigsten Punktzahl für Lateinamerika und die Karibik, was bedeutet, dass Vergehen von Amtsträgern unzureichend verfolgt und bestraft werden. Im Berichtszeitraum verzeichneten Argentinien, Ecuador und Panama jeweils einen Rückgang um einen Punkt bei diesem Indikator, während nur die Dominikanische Republik eine positive Entwicklung erkennen lässt. Letzteres ist auf die Priorisierung von Maßnahmen und Initiativen zur Korruptionsbekämpfung durch die Regierung Abinader zurückzuführen, darunter die Aufstockung der Ressourcen für umfangreichere Ermittlungen, die Ernennung angesehener Persönlichkeiten für leitende Positionen in der Generalstaatsanwaltschaft und die Zurückhaltung Abinaders, sich in Korruptionsermittlungen einzumischen, auch dann, wenn Beamte aus seiner eigenen Verwaltung betroffen sind. In Argentinien hingegen ist Korruption nach wie vor weit verbreitet, insbesondere in abgelegeneren Provinzen, wo eine Kultur der Straflosigkeit herrscht. In Ecuador hat die Regierung die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung aktiv untergraben, und in Panama gelangen Korruptionsfälle oft nicht vor Gericht. Selbst in den demokratischsten Ländern der Region, Chile und Uruguay, kam es zu bedeutenden Korruptionsfällen, die jedoch ordnungsgemäß untersucht und geahndet wurden. Im Gegensatz dazu wird Amtsmissbrauch in Guatemala, Mexiko, Paraguay und Trinidad und Tobago nur unzureichend strafrechtlich verfolgt. In autoritären Systemen wie Haiti, Nicaragua und Venezuela ist Korruption unter Beamten weit verbreitet und Straflosigkeit die Regel.

Eine anhaltende Schwäche der Demokratien in Lateinamerika und der Karibik ergibt sich aus der meist mangelnden Funktionsfähigkeit der Parteiensysteme. In vielen Ländern leiden die Parteiensysteme unter einem geringen Institutionalisierungsgrad, wobei Volatilität und Fragmentierung des Parteiensystems in Brasilien, Ecuador und Peru besonders ausgeprägt sind. In Brasilien wird der Wettbewerb zwischen den Parteien zudem stark von negativen statt positiven Orientierungen beeinflusst, da ein beträchtlicher Teil der Wählerinnen und Wähler mehr von ihrer Ablehnung gegenüber der Arbeiterpartei oder dem Bolsonarismo als durch Parteiidentifikationen motiviert ist. In ganz Lateinamerika und der Karibik sind programmatische Bindungen schwach, während personalistische Appelle und klientelistische Praktiken vorherrschen (z. B. in Honduras, Mexiko und Paraguay). In Argentinien, Ecuador und Panama haben personalistische Außenseiter die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Eine Tendenz zur Fragmentierung der Parteiensysteme ist in Bolivien, Chile, Costa Rica, Kolumbien und Panama zu beobachten. Im Gegensatz dazu sind die Parteiensysteme in El Salvador, Mexiko und Paraguay durch die Dominanz einer einzelnen Partei gekennzeichnet, wobei sich die beiden erstgenannten Fälle dem Typus des Einparteiensystems annähern. Ein weiteres Problem, das die Qualität der parteipolitischen Repräsentation beeinträchtigt, ist die gesellschaftliche und politische Polarisierung, die in Costa Rica, Jamaika und Brasilien zugenommen und in letztgenanntem Fall alarmierende Ausmaße erreicht hat. Auch in Chile hat sich die Polarisierung nach den sozialen Unruhen von 2019 verstärkt und hält seitdem an, da zwei Versuche einer Verfassungsreform in den Jahren 2022 und 2023 gescheitert sind.

Eine weitere Quelle potenzieller demokratischer Fehlfunktionen liegt in den Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative. Die meisten Demokratien in der Region sind Präsidialsysteme mit jeweils unterschiedlicher Kompetenzverteilung zwischen den Gewalten. In der Vergangenheit war die Dominanz der Exekutive ein typisches Muster, das gelegentlich die Form eines Hyperpräsidentialismus annahm und zur defizitären Form der delegativen Demokratie führte. Mittlerweile ist das Bild jedoch gemischer, da sich die institutionelle Machtverteilung in mehreren Ländern zugunsten der Legislative verschoben hat, insbesondere in Peru und, in etwas geringerem Maße, in Brasilien, wo Bolsonaro dem Kongress weitreichende Haushaltsbefugnisse übertragen hat, um einer Amtsenthebung zu entgehen.

Insgesamt steht die Transformation hin zu konsolidierten Demokratien vor ernsthaften Hindernissen. Während der Demokratisierungsgrad in Lateinamerika und der Karibik eine große Variationsbreite zeigt, befindet sich der größte Teil der Länder in der Kategorie der (stark) defekten Demokratie (siehe Tabelle 1), was auf anhaltende Schwächen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Parteiensysteme und politische Integration zurückzuführen ist. Während es im Berichtszeitraum keinen Regimewechsel von der Demokratie zur Autokratie und umgekehrt gab, ist Guatemala um eine Stufe aufgerückt. Das Land stieg von einer „harten Autokratie“ zu einer „moderaten Autokratie“ auf, vor allem aufgrund des Wechsels in der politischen Führung Anfang 2024. Nach wie vor bestehen aber schwerwiegende Defizite im Bereich der Bürgerrechte, darunter die selektive Verfolgung und Kriminalisierung von Oppositionellen, Aktivisten und unabhängigen Journalisten sowie weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen und systemische Straflosigkeit, was weitere demokratische Fortschritte verhindert.

Während also einzelne Länder signifikante Entwicklungen aufweisen, hat sich am Gesamtbild der politischen Transformation auf der regionalen Ebene in den letzten Jahren nichts Wesentliches verändert. Allerdings sind einige Risiken und Herausforderungen hinzugekommen, die größtenteils nicht direkt durch die demokratischen Systeme bedingt sind. Vor allem die hohe Kriminalitätsrate und das weit verbreitete Gefühl der Unsicherheit stellen die Staatlichkeit und

die demokratische Stabilität in Frage. Diese Herausforderungen sind zwar nicht neu in der Region, doch betrifft die (transnationale) organisierte Kriminalität nun auch Länder, die bisher als weitgehend sicher galten, insbesondere Chile und Uruguay. Obwohl die Zahl der Tötungsdelikte in beiden Ländern im regionalen Vergleich gering ist, nimmt die Unsicherheit zu und damit auch die Verunsicherung unter den Bürgerinnen und Bürgern.

Laut dem Igarape-Institut gehörten sechs Länder in Lateinamerika und der Karibik, die vom BTI bewertet wurden, zu den zehn Ländern weltweit mit den höchsten Mordraten im Jahr 2023. Obwohl die Mordraten aufgrund verstärkter Investitionen in die Strafverfolgung teilweise zurückgegangen sind, erreichen sie immer noch erschreckende Ausmaße. An der Spitze stand während des Berichtszeitraums Jamaika mit 49,3 Morden pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Ecuador (45,13) und Haiti (40,9) wo die Gewalt im Zusammenhang mit Bandenkriminalität und Drogenhandel nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021 eskalierte. Die schlecht ausgerüstete und unterbesetzte haitianische Nationalpolizei hat dem hochmodernen Waffenarsenal der Banden, die etwa 85 % von Port-au-Prince unter ihre Kontrolle gebracht haben und auch in ehemals als ruhig geltende Mittelschichtviertel vorgedrungen sind, wenig entgegenzusetzen. Ein weiterer kritischer Fall ist Ecuador, wo die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Fernando Villavicencio im August 2023 und die Übernahme eines Fernsehsenders durch eine kriminelle Gruppe im Januar 2024 von der eskalierenden Sicherheitskrise zeugen.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Uruguay	Brasilien	Peru	El Salvador	Venezuela
Chile	Dominikanische Republik	Mexiko	Guatemala ▲	Kuba
Costa Rica	Argentinien	Honduras		Nicaragua
Trinidad und Tobago	Bolivien			Haiti ●
Jamaika	Kolumbien			
	Paraguay			
	Panama			
	Ecuador			

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Mehrere Regierungen in der Region haben einen (teilweisen) Ausnahmezustand verhängt, um die Kriminalität einzudämmen. Dieser Ansatz kann zwar kurzfristig zu einem Rückgang der Gewalt führen, schwächt jedoch letztlich die Rechtsstaatlichkeit und ändert nichts an den Ursachen von Kriminalität und Gewalt. Das prominenteste Beispiel ist El Salvador, wo seit März 2022 ein landesweiter Ausnahmezustand gilt. Zwar ist die Kriminalität Berichten zufolge im Jahr 2024 mit 1,9 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohnern auf einen Rekordtiefstand gesunken, doch wurden willkürliche Verhaftungen vorgenommen, die Gefängnisse sind mit 300% ihrer Kapazität stark überbelegt und über 8000 unschuldige Menschen sitzen hinter Gittern. Zur Bekämpfung von Kriminalitätsschwerpunkten wurde auch in Ecuador, Honduras, Jamaika, Kolumbien, Peru und Trinidad und Tobago ein (partieller) Notstand ausgerufen, mit gemischten Ergebnissen.

Die hohe Kriminalitätsrate in der Region führt zu einem Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung, was in direktem Zusammenhang mit der Unterstützung von „mano dura“-Lösungen steht und die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in staatliche Institutionen beeinträchtigt. Während die allgemeine Zustimmung zur Demokratie kaum Schwankungen zeigt, gibt der vergleichsweise hohe Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die laut Latinobarómetro unter bestimmten Umständen eine autoritäre Regierung akzeptieren würden (16%), Anlass zur Sorge, zumal der Anteil derer, die sich mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zeigen, in den meisten Ländern deutlich unter 50% liegt. El Salvador ist ein typisches Beispiel dafür. Trotz erheblicher Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte genießt Präsident Bukele mit über 80% eine der höchsten Zustimmungsraten weltweit und die Systemzufriedenheit in El Salvador ist, nach Uruguay, auf dem zweithöchsten Wert (62%) in der Region.

Bilanzierend ist festzustellen, dass die Lage der Demokratie in Lateinamerika und der Karibik nicht durchgängig negativ zu beurteilen ist. Insbesondere die Wahlprozesse zeigen angesichts tiefer politischer Konflikte eine beeindruckende Widerstandsfähigkeit. Allerdings untergraben langfristige Schwächen und neue Herausforderungen, insbesondere im Sicherheitsbereich, die demokratische Qualität und behindern das wirksame Funktionieren der demokratischen Institutionen.

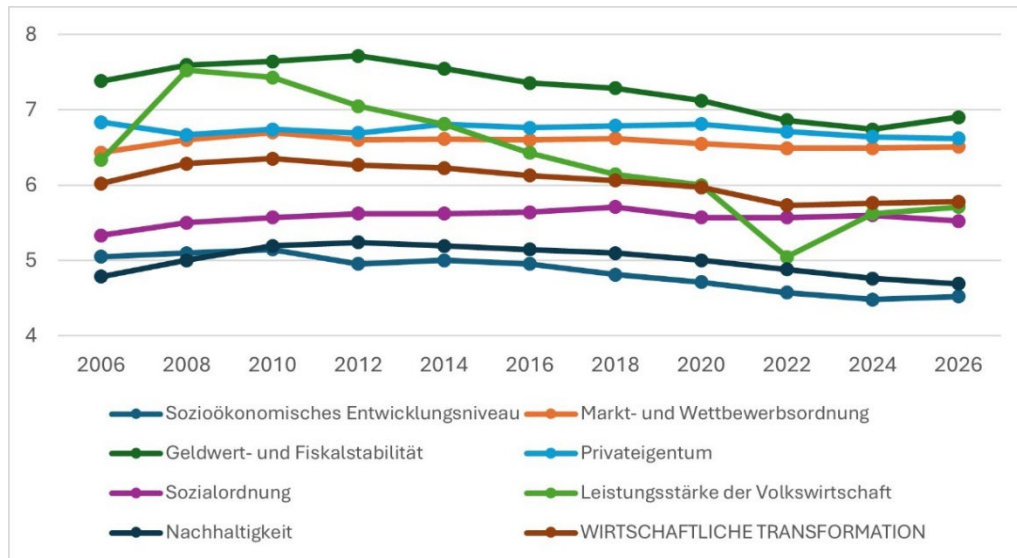
Wirtschaftliche Transformation

Während die meisten Länder der Region als Marktwirtschaften gelten und eine große Offenheit gegenüber dem Außenhandel aufweisen, sind die Wirtschaftssysteme in verschiedener Hinsicht nach wie vor fragil und von gravierenden strukturellen Hindernissen herausgefordert. Mehrere Länder sehen sich mit einer Finanzierungslücke konfrontiert, die durch ein moderates Wirtschaftswachstum, anhaltende Armut und weit verbreitete Informalität noch verschärft wird. Strukturelle Probleme, darunter eine geringe Produktivität und ertragsschwache Steuersysteme, schränken die Fähigkeit für entwicklungsfördernde Investitionen ein. Es gibt zwar auch Gegenbeispiele wie etwa Ecuador, das über ein (vergleichsweise) professionelles Steuersystem verfügt und fast drei Viertel seiner Einnahmen aus Steuern erzielt. In der Mehrzahl der Fälle sind die Steuereinnahmen jedoch gering und hängen übermäßig von regressiven indirekten Steuern ab. Während der Pandemie stieg die Staatsverschuldung in der Region auf über 70% des BIP, was hohe Zinszahlungen zur Folge hatte und damit Ausgaben für Bildung und Gesundheit verdrängte. Viele Familien sind stark von Remittances abhängig, die sich in Lateinamerika und der Karibik im Jahr 2024 auf 2,3 % des BIP beliefen und vielfach eine wichtige Einkommensquelle darstellen. In mehreren Ländern, insbesondere in Mittelamerika, fungieren Rücküberweisungen als wichtiger makroökonomischer Stabilisator. Obwohl die Bankensysteme in der Region weitgehend stabil sind, bleiben die Finanzmärkte unterentwickelt und der Zugang zu Krediten ist begrenzt. Die Kapitalmärkte sind funktionsfähig, jedoch häufig konzentriert und von Fremdwährungen abhängig. Um die ökonomische Transformation voranzubringen, müssen die Finanzsysteme vertieft und diversifiziert sowie die Regulierung, die Finanzkompetenz und die Zugänglichkeit verbessert werden.

Im Berichtszeitraum war die Wirtschaftsleistung von einer weiteren Normalisierung nach der durch COVID-19 ausgelösten tiefen Rezession geprägt. Die Wachstumsraten waren 2023 überwiegend positiv (mit Ausnahme von Argentinien, Kuba, Peru und insbesondere Haiti, die negatives Wachstum verzeichneten) und die Arbeitslosenquoten waren historisch niedrig. Die Inflation konnte weitgehend eingedämmt werden, trotz anhaltend hoher Raten in Argentinien und

Venezuela. Insgesamt bewegten sich die Wirtschaftsindikatoren jedoch seitwärts und zeigen im Vergleich zum BTI 2024 nur geringe Schwankungen, da leichte Zugewinne in einigen Ländern durch Rückgänge in anderen Ländern ausgeglichen werden (siehe Abbildung 3). Trotz einiger Fortschritte bei der fiskalischen und monetären Stabilität, die mit einer Verbesserung von insgesamt +0,16 die stärkste Veränderung verzeichnete, bestehen weiterhin erhebliche Risiken, da die zweite Amtszeit Trumps von Protektionismus geprägt ist und die Region mit volatilen Finanzmärkten zu kämpfen hat.

Abb. 3. Wirtschaftliche Transformation in Lateinamerika und der Karibik, BTI 2006-2026
(ohne Trinidad und Tobago)

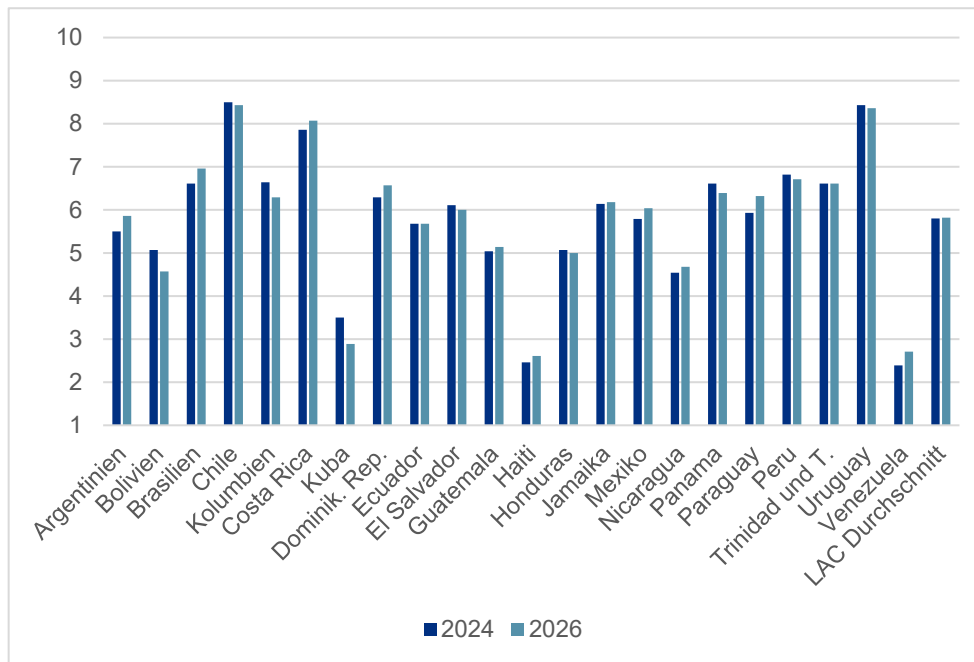


Der Grad und Verlauf der wirtschaftlichen Transformation variiert stark und reicht von einer desolaten Wirtschaftslage in Haiti, Kuba und Venezuela bis hin zu hoch entwickelten und diversifizierten Marktwirtschaften in Chile, Costa Rica und Uruguay. Die überwiegende Zahl der Länder in der Region fällt jedoch in die Zwischenkategorie der eingeschränkten wirtschaftlichen Transformation (siehe Tabelle 2). Im Allgemeinen schneiden Demokratien in Lateinamerika und der Karibik wirtschaftlich besser ab als Autokratien, aber innerhalb beider Kategorien gibt es erhebliche Unterschiede (siehe Abbildung 4). Gemessen an der Standardabweichung der Wirtschaftsindikatoren haben sich die Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik in den letzten zwei Jahrzehnten auseinanderentwickelt, wobei die wachsende Kluft in der ökonomischen Performanz vor allem auf den wirtschaftlichen Niedergang in Kuba und Venezuela zurückzuführen ist. Ein weiterer Bereich mit divergierenden Trends ist die Nachhaltigkeit, wo einige Länder erhebliche Fortschritte erzielt haben, insbesondere Chile und Uruguay, während andere einen Rückgang verzeichneten. Die Länder mit den stärksten Rückgängen bei der nachhaltigen Entwicklung sind Mexiko, Nicaragua und Venezuela. Im Gegensatz dazu ist das Bild im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung homogener. Auch das Niveau der sozioökonomischen Entwicklung hat sich bis zu einem gewissen Grad angeglichen.

Betrachtet man die einzelnen Kriterien der wirtschaftlichen Transformation, schneiden die Länder Lateinamerikas und der Karibik bei den meisten Indikatoren nur mäßig ab. Relativ gute Werte zeigen sich in den Bereichen Marktorganisation und Wettbewerbspolitik, Währungs- und Haushaltsstabilität sowie bei den Eigentumsrechten. Die Marktstrukturen, einschließlich des Ban-

kensystems und des Außenhandels, sind in Chile, Costa Rica, Peru, Uruguay wie auch im autoritativ regierten El Salvador sehr solide. In diesen Ländern wird eine weitgehend marktorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt, wenn auch mit unterschiedlich stabilen institutionellen Grundlagen, variierenden Graden an staatlicher Intervention und deutlichen Unterschieden im Anteil informeller Beschäftigung.

Abb. 4: Wirtschaftlicher Wandel in Lateinamerika und der Karibik, BTI 2024 vs. BTI 2026



Abgesehen von Kuba und Venezuela sind die meisten Länder in Lateinamerika und der Karibik offen für den Außenhandel, insbesondere Chile, Costa Rica, El Salvador und Mexiko, die alle den Höchstwert von 10 Punkten erreichen. Mexiko bleibt eine der offensten Volkswirtschaften der Welt mit weitgehend unbeschränkten Waren- und Kapitalströmen. Das Land ist durch das aktualisierte *United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA)*, das überarbeitete Ursprungsregeln und Arbeitsbestimmungen enthält, tief in das nordamerikanische Handelssystem integriert. Die Wiederwahl von US-Präsident Donald Trump brachte jedoch erhebliche Herausforderungen mit sich, insbesondere die Drohung, pauschale Zölle in Höhe von 25% auf mexikanische Importe zu erheben. Hinzu kommen Handelsspannungen aufgrund des mexikanischen Importverbots für gentechnisch veränderten Mais. Darüber hinaus schränken jüngste Verfassungsreformen ausländische Investitionen in strategischen Sektoren wie Öl, Strom und Lithium ein. Ein ebenfalls sehr liberalisiertes Handelssystem findet sich in El Salvador, das in langjährige Verpflichtungen gegenüber der WTO und in regionale Abkommen eingebunden ist. Die durchschnittlichen Zölle sind niedrig, allerdings bestehen weiterhin Schutzmaßnahmen in den Bereichen Textilindustrie und Landwirtschaft. Jüngste Abkommen, darunter ein Freihandelsabkommen mit China und weitere Zollsenkungen innerhalb Zentralamerikas, unterstreichen das Bekenntnis des Landes zu einer liberalen Außenhandelspolitik.

Auch in Bezug auf die Währungs- und Finanzstabilität schneidet die Region vergleichsweise gut ab, wobei Chile, Costa Rica, Paraguay und Peru die Spitzenplätze einnehmen. Im Berichtszeitraum wurden in Argentinien (+3) erhebliche Fortschritte erzielt, da die radikalen Reformen der Regierung Milei für einen ausgeglichenen Haushalt und sinkende Inflation gesorgt haben, wenn

auch mit erheblichen sozialen Kosten. Milei übernahm von der Vorgängerregierung eine schwere Wirtschaftskrise mit einer monatlichen Inflationsrate von 25,5% und einer großen Kluft zwischen dem offiziellen und dem Marktwechselkurs. Nach einer starken Währungsabwertung im Dezember 2023 und einer Straffung der Finanzpolitik ging die Inflation deutlich zurück.

Unterdessen verschlechterte sich die Währungs- und Finanzstabilität in Kolumbien und Bolivien deutlich. Neue Herausforderungen untergraben Kolumbiens bisheriges Bemühen um makroökonomische Stabilität. Strukturelle fiskalische Schwächen (z. B. begrenzte Steuerkapazitäten und Ölabhängigkeit) und zusätzliche Ausgaben infolge der Migration aus Venezuela setzen den Haushalt unter Druck. Die Umverteilungsagenda von Präsident Gustavo Petro belastete die öffentlichen Finanzen weiter, insbesondere nachdem Teile einer wichtigen Steuerreform aus dem Jahr 2022 für ungültig erklärt wurden. Im Jahr 2024 sah sich die Regierung mit einem wachsenden Haushaltsdefizit (geschätzt zwischen 5,3% und 8,4% des BIP) konfrontiert und musste Sparmaßnahmen ergreifen. Der Widerstand des Kongresses gegen Haushalts- und Steuervorschläge veranlasste die Regierung, den Haushalt 2025 per Dekret zu verabschieden, was Bedenken hinsichtlich der fiskalischen Tragfähigkeit aufkommen ließ. Noch prekärer sind die makroökonomischen Aussichten und die fiskalische Lage in Bolivien, vor allem aufgrund sinkender Gaseinnahmen, die eine für die Staatsfinanzen essentielle Einnahmequelle darstellen. Das Haushaltsdefizit von 10,9 % des BIP im Jahr 2023 (6,9 % ohne Subventionen) wird durch Schulden und die Notenpresse finanziert. Die Inflation erreichte 9,95 % im Jahr 2024 und die Devisenreserven sanken unter 200 Millionen US-Dollar, was die Importe und die Schuldentilgung gefährdete.

Generell ergeben sich aus der Offenheit der lateinamerikanischen und karibischen Volkswirtschaften wirtschaftliche Risiken und eine hohe Anfälligkeit für externe Schocks. Auch die geopolitische Unsicherheit nimmt zu, verstärkt durch Chinas Engagement in der Region, das durch den großen, von China gebauten Hafen in Chancay, Peru, verdeutlicht wird. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat ebenfalls Auswirkungen auf die Region, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, vor allem durch die Unterbrechung globaler Lieferketten, die Verschärfung des Inflationsdrucks und die Zunahme der wirtschaftlichen Unsicherheit. Eine Rückkehr zum Protektionismus durch die Trump-Regierung könnte die Handelsströme insbesondere für Mexiko und Mittelamerika stören. Unterdessen erhöht die Abhängigkeit von der chinesischen Nachfrage nach Rohstoffen wie Kupfer, Soja und Öl die Risiken im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen den USA und China.

Wenig Veränderung zeigte sich beim Schutz des Privateigentums, der in den meisten Ländern hinreichend gewährleistet ist. Zwar gibt es anhaltende Konflikte über die angestammten Territorien indigener Gemeinschaften (z. B. in Argentinien, Chile und Paraguay) und über Hausbesetzungen in Teilen der Karibik (Dominikanische Republik, Jamaika und Trinidad und Tobago), doch sind die Eigentumsrechte in Lateinamerika und der Karibik im Allgemeinen recht gut geschützt, insbesondere in Chile und Uruguay, die bei diesem Indikator weiterhin an der Spitze liegen. Die größten Fortschritte bei der Gewährleistung von Eigentumsrechten wurden während des Berichtszeitraums in Argentinien erzielt. Die Regierung Milei förderte ein unternehmensfreundlicheres Klima und schaffte die Mietkontrollgesetze ab, die zuvor die Vermietung von Immobilien erschwert hatten. In Honduras und Nicaragua hingegen waren Rückschritte zu verzeichnen. In Nicaragua war dies in erster Linie auf die willkürliche Beschlagnahmung von Eigentum von als subversiv eingestuften Personen und Organisationen sowie auf den schwachen

Rechtsschutz für private Unternehmen zurückzuführen. Honduras hat unterdessen mit weit verbreiteter Korruption zu kämpfen, die den Erwerb und den Erhalt von Eigentumsrechten einschränkt, sowie mit kriminellen Organisationen und einer langsamen, intransparenten Bürokratie, die die Geschäftstätigkeit behindert.

Obwohl die meisten Länder in Lateinamerika und der Karibik ein sehr hohes bis hohes Niveau der menschlichen Entwicklung erreichen, behindern strukturelle, von den Sozialsystemen unzureichend abgedeckte Ungleichheiten die (inklusive) sozioökonomische Entwicklung. Armut ist endemisch und betrifft laut ECLAC 27,3% der Bevölkerung in der Region, während 10,4% in extremer Armut leben (Stand 2023). Haiti ist nach wie vor das ärmste Land, behindert durch politische Instabilität und beispiellose Gewalt; fast 60 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Ein kritisch niedriges Niveau der sozioökonomischen Entwicklung herrscht auch in Guatemala, Honduras, Kuba, Nicaragua und Venezuela, während das höchste Niveau in Chile, Costa Rica und Uruguay erreicht wird. In Brasilien zählt die Ungleichheit weiterhin zu den höchsten weltweit (Gini-Koeffizient: 0,52), was mit einem ungleichheitsbereinigten Rückgang des Human Development Index um 24,1% einhergeht. Die Korrelation zwischen Hautfarbe und sozioökonomischem Status ist eklatant, da die meisten Armen nicht weiß sind, während das Vermögen innerhalb der weißen Bevölkerung konzentriert ist. Sozialprogramme haben in jüngerer Zeit die Armut und extreme Armut verringert, doch die Fortschritte sind ungleichmäßig. Ähnliches gilt auch für Kolumbien und Mexiko, wo trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren große Teile der Bevölkerung weiterhin in Armut leben, insbesondere in ländlichen und marginalisierten Gemeinden. In Mexiko wurde der jüngste Rückgang der Armut durch Lohnzuwächse vorangetrieben, doch die Schwächung von Institutionen zur Überwachung der Durchführung und Wirkung sozialpolitischer Programme gibt Anlass zur Sorge. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nimmt auf regionaler Ebene zwar langsam ab, doch strukturelle Hindernisse bestehen weiterhin, insbesondere in Konfliktgebieten.

Die Sozialpolitik reicht in den meisten Fällen nicht aus, um strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und Chancengleichheit für alle zu gewährleisten. Wie Abbildung 3 zeigt, ist die Qualität der Sozialsysteme im Durchschnitt mäßig, und das entsprechende Kriterium ist im regionalen Durchschnitt um -0,07 gesunken. Die Sozialsysteme sind unterfinanziert, weisen Qualitäts- und Zugangsprobleme auf und sind administrativ ineffizient. Die de jure nahezu universelle Gesundheitsversorgung in den meisten Ländern ist faktisch meist nicht gewährleistet. Die öffentlichen Gesundheitssysteme sind segmentiert und umfassen universelle, öffentlich finanzierte Dienstleistungen, Sozialversicherungseinrichtungen für die formell Beschäftigten sowie private Anbieter. Ebenso umfassen die Rentensysteme umlagefinanzierte öffentliche Systeme (die zwischen 30% und 50% der Erwerbsbevölkerung abdecken), beitragsunabhängige Rentensysteme (z. B. in Bolivien und Brasilien) und privat verwaltete Rentenkonto, die vor allem in Chile eine wichtige Rolle spielen. Die Arbeitslosenunterstützung ist in den meisten Ländern noch unterentwickelt, allerdings gibt es spezifische Programme wie das brasilianische *Bolsa Família*-Programm, die auf die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind.

Bei den sozialen Sicherheitsnetzen wurden im Berichtszeitraum keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Deutliche Rückschritte gab es in Argentinien, wo die Mittel für Sozialprogramme und intermediäre Organisationen aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung drastisch gekürzt wurden. In Kuba hat seit der Pandemie und der gescheiterten Währungsreform im Januar

2021 die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die in extremer Armut leben oder unter prekären Lebensbedingungen leiden, dramatisch zugenommen. Die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sind auf ein kritisches Niveau gesunken; praktisch alle notwendigen Ressourcen wie auch Medikamente sind Mangelware. Familiäre Bindungen zur Diaspora und der Zugang zu Hartwährung durch Überweisungen sind für das Überleben von entscheidender Bedeutung, kommen jedoch nur einem begrenzten, überwiegend hellhäutigen Teil der Bevölkerung zugute, während Afro-Kubaner strukturell benachteiligt bleiben. Im Allgemeinen gab es in den letzten zwei Jahrzehnten kaum Veränderungen in den Sozialsystemen Lateinamerikas und der Karibik, was von einer großen Schwerfälligkeit und Reformresistenz in diesem Bereich zeugt. Der Widerstand gegen die Rentenreform in Uruguay verdeutlicht die politischen Kosten, die mit Sozialreformen verbunden sind.

Auch die Bemühungen um Nachhaltigkeit stießen auf Hindernisse und erzielten insgesamt ein Ergebnis von -0,07 Punkten, was hauptsächlich auf Einbußen in der Bildungs- und F&E-Politik (-0,18) zurückzuführen ist. Die Qualität der Bildung weist nach wie vor gravierende Mängel auf, insbesondere in Haiti, Honduras, Nicaragua und Venezuela. Honduras und Nicaragua beispielsweise haben mit einem schlechten Zugang zu Sekundar- und Hochschulbildung, hohen Abbrecherquoten und stagnierenden Alphabetisierungsraten zu kämpfen. Die geringe Transparenz des Bildungssektors erschwert zudem eine Bestandsaufnahme und entsprechende Maßnahmen. Die nicaraguanische Regierung hat ihre Kontrolle über die Hochschulen deutlich verstärkt und die akademische Freiheit eingeschränkt. In den meisten Ländern behindern Unterfinanzierung, schwache Aufsicht und begrenzte Innovationen Fortschritte auf dem Weg zu inklusiveren und effektiveren Bildungssystemen, was das zukünftige Entwicklungspotenzial dieser Länder verringert.

Die Umweltpolitik verzeichnete zwar leichte Fortschritte (+0,04), doch nur Chile, Costa Rica und Uruguay erreichen Werte über 7. In Chile ist der Umweltschutz zu einer politischen Priorität geworden, insbesondere unter der Regierung Boric. Seit 2010 hat das Land einen umfassenden institutionellen Rahmen für die Umweltpolitik geschaffen, der das Umweltministerium und verschiedene Behörden umfasst. Allerdings stehen die weitreichenden Umweltvorschriften teilweise im Widerspruch zum chilenischen Wirtschaftsmodell, das stark auf den Rohstoffsektor ausgerichtet ist. Dieser Konflikt zeigte sich besonders deutlich im Fall des Bergbauprojekts *Dominga*, das aufgrund von gerichtlichen Einsprüchen eingestellt wurde. In Uruguay hat die Umweltpolitik stetige Fortschritte gemacht, wobei die starke Entwicklung erneuerbarer Energien das Land weltweit auf Platz 21 bei der emissionsfreien Energieerzeugung gebracht hat. Die Schaffung des Umweltministeriums im Jahr 2020 war ein wichtiger Schritt, doch Projekte wie Zellstofffabriken und ein Wasserplan für Montevideo haben Umweltproteste ausgelöst. Generell erschwert die Abhängigkeit von Rohstoffexporten die Balance zwischen Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Interessen. So gefährden beispielsweise die Pläne des costa-ricanischen Präsidenten, Erdgasvorkommen zu erschließen, den langjährigen Ruf des Landes als regionaler Vorreiter in der Umweltpolitik. In Mexiko hat sich die Debatte über die Gasförderung mittels *hydraulic fracturing* (Fracking) in den letzten Jahren verschärft, was die Spannungen zwischen dem Streben nach Energieunabhängigkeit, Umweltbelangen und wirtschaftlichem Druck widerspiegelt.

Unter dem Strich ist also von einer wenig dynamischen, in vielen Bereichen stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung zu sprechen. Die Aussichten für eine weitere marktwirtschaftliche Transformation werden durch anhaltende strukturelle Schwächen und die Volatilität des internationalen Umfelds getrübt. Die Wirtschaftslage in Lateinamerika und der Karibik ist derzeit

zwar uneinheitlich, doch insgesamt ist das wirtschaftliche Wachstum unzureichend. Laut ECLAC lag die jährliche Wachstumsrate zwischen 2015 und 2024 im Durchschnitt unter 1 % und damit weniger als halb so hoch wie in der „verlorenen Dekade“ der 1980er Jahre. Um die für eine ökonomische Dynamisierung notwendigen Arbeitskräfte auszubilden, müssten die Länder nicht nur ihre Bildungsinvestitionen erhöhen, sondern auch umfassenden Zugang zu Bildungs- und Berufsbildungsmöglichkeiten ermöglichen. Hierzu gehört auch die Schaffung hochwertiger formeller Arbeitsplätze, nicht zuletzt, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und junge Menschen von der Kriminalität fernzuhalten. Um substanzielle soziale Fortschritte zu erzielen, sind starke Bündnisse reformorientierter Akteure erforderlich, was nicht nur den politischen Willen, sondern auch ein stabiles institutionelles Umfeld und günstige externe Bedingungen voraussetzt.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

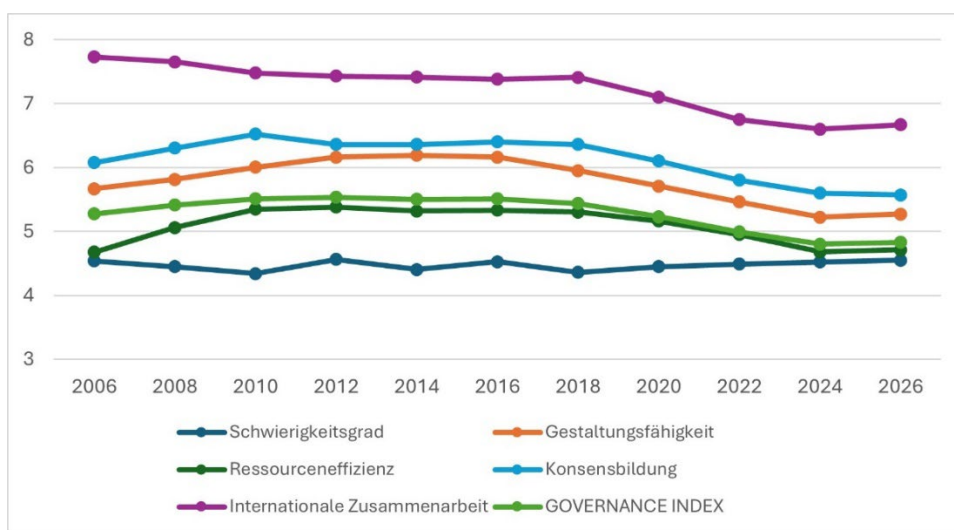
weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
Chile		Brasilien	Nicaragua	Kuba ▼
Uruguay		Peru	Bolivien ▼	Venezuela
Costa Rica ▲		Trinidad und Tobago		Haiti
		Dominikanische Republik		
		Panama		
		Paraguay		
		Kolumbien		
		Jamaika		
		Mexiko		
		El Salvador		
		Argentinien		
		Ecuador		
		Guatemala		
		Honduras		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Governance

Die Qualität der Regierungsführung in Lateinamerika und der Karibik spiegelt weitgehend den Stand der demokratischen und wirtschaftlichen Transformation wider, da die Bewertungen in diesen drei Bereichen stark korrelieren. Die Länder, die im Statusindex an der Spitze stehen – Uruguay, Chile und Costa Rica – schneiden auch im Governance-Index am besten ab, während Haiti, Nicaragua und Venezuela die letzten Plätze belegen (siehe Tabelle 4). Die meisten Länder konnten im Vergleich zum letzten Bewertungszeitraum ihr (meist moderates) Niveau der Governance-Qualität halten. Nur zwei Länder, Brasilien (+1,89) und Guatemala (+1,10), konnten ihre Werte deutlich verbessern.

Abb. 5: Governance in Lateinamerika und der Karibik, BTI 2006–2026
(ohne Trinidad und Tobago)

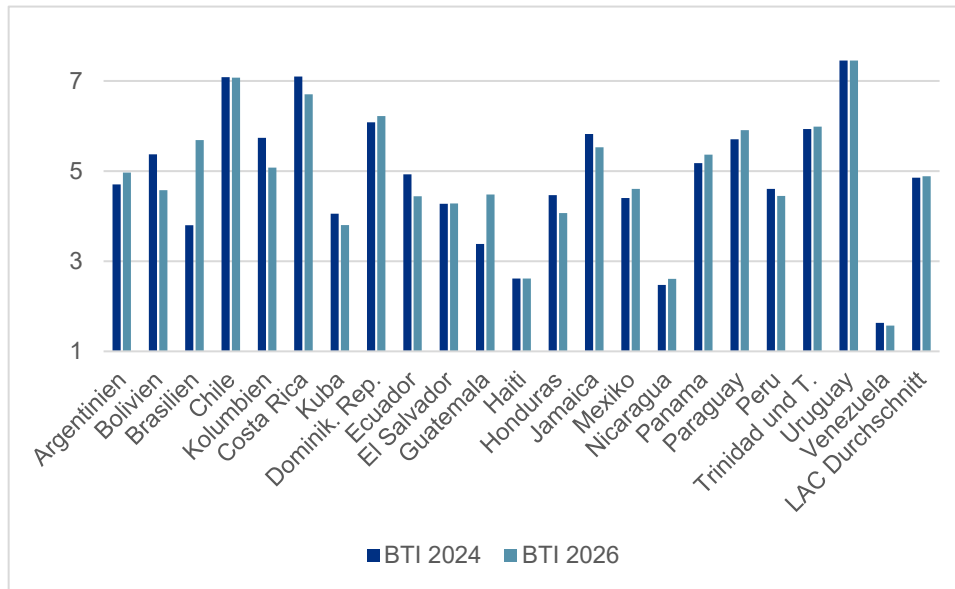


Die aufgeschlüsselten Daten zeigen jedoch nicht nur gemeinsame Muster, sondern auch divergierende Trends. Wenig Veränderung gab es beim Schwierigkeitsgrad. Zwar ist das Regierungshandeln in der Region insgesamt weniger stark durch strukturelle Bedingungen eingeschränkt als im globalen Durchschnitt, aber einige Länder sind besonders stark betroffen. In Haiti haben Bandenkriminalität und politische Instabilität zu Massenflucht und einem Zusammenbruch der Grundversorgung geführt. Obwohl im Krisenmanagement einige Fortschritte erzielt wurden, geben Umwelt- und Gesundheitsrisiken wie Cholera weiterhin Anlass zu großer Sorge. Eine Reihe weiterer Länder (Bolivien, Kolumbien, Kuba, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Paraguay) sind ebenfalls mit tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen konfrontiert, darunter anhaltende Armut, geringes Wirtschaftswachstum und unzureichende staatliche Kapazitäten. Darüber hinaus sind zivilgesellschaftliche Strukturen schwach ausgebildet und die sozialen Gräben tief, was gutes Regieren schwerer macht. In vielen Ländern birgt der Stadt-Land-Gegensatz politisches Konfliktpotential und in manchen Fällen – insbesondere in Argentinien und Brasilien – sind die aus der diktatorischen Vergangenheit herrührenden Transformationskonflikte wieder virulent geworden.

Zu den positiven Entwicklungen in der Region zählt die geringere Armutsquote, die zwischen 2020 und 2023 um über fünf Prozentpunkte auf 27,3% und damit auf den niedrigsten je von der ECLAC gemessenen Wert gesunken ist. Diese Verbesserung ist jedoch größtenteils auf die Entwicklung in Brasilien zurückzuführen, wo etwa ein Drittel der Bevölkerung der Region lebt und

wo sogenannte *Conditional Cash Transfer*-Programme (CCTs) die sozialen Bedingungen entscheidend verbessert haben. Insgesamt bleiben die Einkommensungleichheit und der Mangel an sozialer Absicherung hoch. Hohe, strukturell verfestigte Armut bleibt eine Herausforderung, da jeder siebte Mensch in extremer Armut lebt. Indigene Völker und die afro-stämmige Bevölkerung sind am stärksten von Armut in der Region betroffen.

Abb. 6: Governance in Lateinamerika und der Karibik, BTI 2024 vs. BTI 2026



Viele Regierungen sind nicht in der Lage, Reformen wirksam umzusetzen und langfristige Regierungsziele zu realisieren, wie der mittlere Durchschnittswert für das Kriterium Steuerungsfähigkeit (5,35) zeigt. Institutionelle Ineffizienzen behindern weitgehend die Festlegung klarer politischer Prioritäten. In Ecuador wurden die Kontinuität und Professionalität in der Regierungsführung durch eine hohe Fluktuationsrate bei Kabinettsmitgliedern und hohen Beamten stark beeinträchtigt, was sich besonders während der Stromkrise in den Jahren 2023 und 2024 zeigte. Ein Mangel an Professionalität in der Verwaltung betrifft auch Länder wie Mexiko, Panama oder Peru, wo die Einstellung und Entlassung von Verwaltungspersonal oft nach politischen Kriterien erfolgt. Im Gegensatz dazu zeichnen sich Argentinien und Brasilien durch erhebliche Verbesserungen bei der Prioritätensetzung und der Koordinierung des Regierungshandelns aus. Die Regierung Milei hat sich von Anfang an auf die wirtschaftliche Stabilisierung konzentriert und gleichzeitig einen Schwerpunkt auf die innere Sicherheit und die Verbrechensbekämpfung gelegt. Trotz begrenzter legislativer Befugnisse gelang es Milei, wichtige Teile seiner politischen Agenda umzusetzen, insbesondere die Verabschiedung eines umfassenden Reformpakets („Omnibusgesetz“) im Juni 2024 und eine Übereinkunft mit den Gouverneuren der Provinzen für ein Wirtschaftspaket. Diese legislativen Erfolge schufen die Grundlage für die Umsetzung umfassender Sparmaßnahmen zur Senkung der Inflation und zum Ausgleich des Haushalts. Demgegenüber konzentrierte sich die Regierung Lula in Brasilien auf Haushalts- und Steuerreformen, um Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gleichstellung der Geschlechter, soziale Inklusion und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Die Umsetzung der Regierungsagenda verläuft jedoch aufgrund der Zersplitterung und Polarisierung innerhalb des Kongresses uneinheitlich. Einige wichtige Reformen wurden verabschiedet (z. B. Steuer- und Social-Media-Gesetze), aber legislative Blockaden behindern häufig die Initiativen der Regierung.

In Guatemala zeigte die Regierung Arévalo ein größeres Engagement als frühere Regierungen, strategische Prioritäten festzulegen und aufrechtzuerhalten. Zu den Erfolgen im ersten Jahr zählen erhebliche Investitionen in Sozialprogramme, die Entwicklung der Infrastruktur und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Die Regierung zeigte sich innovativ und flexibel bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und bemühte sich um eine inklusive Politikgestaltung. Beruhend auf einem „Learning by Doing“-Ansatz passt sie ihre Politik auf der Grundlage von Ergebnissen und Erfahrungen aus der Vergangenheit an, insbesondere bei der Bekämpfung von chronischer Unterernährung. Jedoch bleiben die Bemühungen um eine Institutionalisierung politischer Innovationsfähigkeit in ihrer Wirkung begrenzt, vor allem aufgrund unzureichender ressortübergreifender Koordinierung und der Widerstandshaltung des Kongresses. Die weitere Verfolgung der gesetzten Prioritäten hängt von der Fähigkeit ab, den politischen Stillstand zu überwinden, die institutionellen Kapazitäten zu stärken und externe finanzielle Unterstützung für langfristige Entwicklungsprojekte zu sichern. Innovative Ansätze für die Umsetzung und Evaluierung politischer Maßnahmen gibt es auch in Ecuador, wo mit Hilfe des Systems „Gobierno por Resultados“ die Implementierung und das administrative Handeln überwacht werden. Allerdings wurde der Einsatz dieses Systems bisher durch Haushaltszwänge eingeschränkt. In Uruguay wurde externe Expertise in die Entwicklung von Reformen im Bildungs- und Sozialversicherungswesen genutzt, um durch fachliche Beiträge einen breiten politischen Konsens und ein koordiniertes Vorgehen zu gewährleisten.

In vielen Fällen leidet die Qualität der Regierungsführung jedoch weiterhin unter schlechter Koordinierung und Widerstand von Seiten etablierter Interessengruppen. In Panama beispielsweise übt die Wirtschaftselite einen erheblichen Einfluss auf die Politik aus, wobei es bei der staatlichen Auftragsvergabe vielfach zu einer Kollusion mit privaten Interessen kommt. Die Grenze zwischen staatlicher Domäne und Unternehmensmacht ist trotz entsprechender Regulierung und etablierter Institutionen häufig fließend, was zu einer anhaltenden Gefahr des *state capture* führt. Direktere Bedrohungen für die demokratische Regierungsführung bestehen in Ländern, in denen das Militär unangemessen in politische Angelegenheiten eingreift, kriminelle Banden oder Guerillas aktiv sind, oder Institutionen durch korrupte Netzwerke unterwandert sind. Ein Beispiel ist Guatemala, wo zwar nach Brasilien (+2,23) die zweitgrößten Fortschritte bei der Regierungsführung erzielt wurden (+1,20), zugleich jedoch mächtige etablierte Akteure jede Veränderung des Status quo sabotieren. Das größte Hindernis für die Reformagenda der Regierung ist Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras, die Ermittlungen wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen aktiv behindert, während sie politisch motivierte Verfahren auf der Basis unbegründeter Vorwürfe einleitet. Die bevorstehenden Wahlen für einen neuen Generalstaatsanwalt und andere wichtige Justizbeamte im Jahr 2026 bieten jedoch eine entscheidende Gelegenheit, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die Reformagenda von Präsident Arévalo voranzubringen.

Während in den meisten Ländern unter den wichtigsten Akteuren ein breiter Konsens über die Grundprinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft besteht, ist die praktische Auslegung dieser Prinzipien häufig umstritten. Die Vereinbarkeit widersprüchlicher politischer Ziele stellt eine ständige Herausforderung dar und führt oft zu schwerwiegenden Dilemmata. So gehen beispielsweise Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung mit Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten einher, die nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zu den tatsächlichen Bedrohungen stehen. In vielen Kontexten ist es schwierig, eine klare Grenze zwischen legitimem staatlichem Handeln und exekutiver Willkür zu ziehen. In El Salvador wurde diese Grenze eindeutig zugunsten autoritärer Repression überschritten.

Mangelnde Politikkoordination zeigt sich auch in Fällen, in denen die am politischen Prozess beteiligten Akteure widersprüchliche Ziele verfolgen. In Jamaika wurde die Wirksamkeit des Regierungshandelns durch eine schlechte Abstimmung zwischen den Behörden und konkurrierende Maßnahmen untergraben. Während Anstrengungen unternommen wurden, um die lokale Landwirtschaft und die Beschäftigung im ländlichen Raum anzukurbeln, werden diese Ziele durch Programme zur Förderung der Abwanderung von Landwirten ins Ausland und zollfreie Lebensmittelimporte für den Tourismus konterkariert. In Bolivien wurde die Fähigkeit der Regierung Arce zur Umsetzung und Koordinierung ihrer Politik durch die interne Spaltung der MAS erheblich beeinträchtigt. Infolgedessen hat sie verschiedenen gesellschaftlichen Forderungen nachgegeben, beispielsweise bei der Abholzung von Schutzgebieten und der Einwilligung, nur eine minimale staatliche Beteiligung an den Einnahmen aus dem Goldabbau zu akzeptieren.

Viele Regierungen haben auch Schwierigkeiten, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden. Anstatt Brücken zu bauen und als mäßigende Kraft zu wirken, tragen sie zur Verschärfung von Konflikten bei. Insbesondere populistische Akteure verschärfen bestehende Spannungen und Polarisierungen. Argentinien ist ein typisches Beispiel, da Präsident Milei mit Zuspitzungen und Kulturkampf-Rhetorik seine Basis mobilisiert. Auch in Brasilien ist die politische Landschaft nach wie vor stark polarisiert, obwohl die Regierung Lula erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um eine weitere Eskalation gesellschaftlicher Konflikte zu verhindern. In den autokratischen Regimen der Region werden soziale und politische Spaltungen aktiv als Teil der Machstrategie der Autokraten ausgenutzt. So bleibt Nicaragua aufgrund der anhaltenden Repression der Ortega-Regierung tief gespalten zwischen dem pro- und dem antisandinistischen Lager. Hoffnungen, dass die Wahlen 2021 zu einer Entspannung führen könnten, wurden zunichte gemacht, als die regierende FSLN stattdessen ihr Vorgehen gegen die Opposition verschärfte. Generell herrscht in vielen Fällen eine Nullsummenlogik des politischen Wettbewerbs, und politische Akteure verschärfen oft bestehende Spaltungen, um kurzfristige politische Vorteile zu erzielen.

Die Länder Lateinamerikas und der Karibik weisen jedoch auch Stärken im Bereich der Regierungsführung auf, insbesondere in der internationalen Zusammenarbeit, wo der vergleichsweise hohe Durchschnittswert von 6,73 Punkten auf die Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit externen Organisationen und Regierungen hindeutet. Insbesondere Brasilien hat wieder zu seiner Rolle als kooperativer und glaubwürdiger Akteur in den internationalen Beziehungen zurückgefunden. Unter Lula hat Brasilien sich wieder zum Pariser Abkommen bekannt und sein Engagement für eine nachhaltige Entwicklung bekräftigt. Weitere positive Beispiele sind Costa Rica, die Dominikanische Republik, Jamaika, Paraguay und Trinidad und Tobago, die gezeigt haben, dass sie internationale Hilfe in eine kohärente, langfristige Entwicklungsstrategie in Bereichen wie ökologische Nachhaltigkeit, Wirtschaftsreformen und digitale Innovation integrieren können.

Dennoch gibt es auch Rückschläge in der internationalen Zusammenarbeit einiger Länder. So wurde Kolumbien vorübergehend aus der Egmont-Gruppe, einer internationalen Organisation zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, ausgeschlossen, nachdem Präsident Petro geheime Informationen über die Spionagesoftware Pegasus veröffentlicht hatte. In Argentinien hat die Regierung Milei eine skeptische und selektive Haltung gegenüber internationalen Organisationen und Multilateralismus eingenommen. Argentinien favorisiert nun bila-

terale Beziehungen gegenüber einem aktiven Engagement in regionalen und multilateralen Institutionen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Länder Lateinamerikas und der Karibik auf internationaler und regionaler Ebene generell kooperativ sind und internationale Hilfe zur Erreichung ihrer Entwicklungsziele nutzen, wenngleich institutionelle Schwächen die Wirksamkeit der externen Unterstützung beeinträchtigen. Darüber hinaus stellen ein zunehmend unsicheres internationales Umfeld, geopolitische Spannungen und die Auflösung von USAID durch die Trump-Regierung sowohl für die regionale Integration als auch für die Fähigkeit der Region, ihre politische und wirtschaftliche Position im internationalen System zu stärken, erhebliche Herausforderungen dar.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
Uruguay	Costa Rica ▼	Jamaika ▼	El Salvador	Haiti
Chile	Dominikanische Republik	Panama	Honduras ▼	Nicaragua
	Trinidad und Tobago	Kolumbien ▼	Kuba	Venezuela
	Paraguay	Argentinien		
	Brasilien ▲▲	Mexiko		
		Bolivien		
		Guatemala ▲		
		Peru		
		Ecuador		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Aktuell besteht, trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem BTI 2024 von 0,14 Punkten, auf regionaler Ebene ein hohes Maß an Zusammenarbeit – der Durchschnittswert für diesen Indikator liegt bei 7. Allerdings sind Themen wie Migration und die Haltung gegenüber autoritären Regimen potenzielle Konfliktfelder. Während konservativ orientierte Regierungen demokratische Defizite in El Salvador herunterspielen, neigen linksgerichtete Regierungen oft dazu, den Autoritarismus in Venezuela und Nicaragua zu ignorieren. Diese Lagerbildung hat sich zuletzt ein Stück weit aufgelöst, als sich die meisten lateinamerikanischen und karibischen Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Färbung, weigerten, die manipulierten Wahlen in Venezuela anzuerkennen. Als Reaktion darauf forderte der venezolanische Präsident Maduro den Rückzug der Vertreter Argentinien, Chiles, Costa Ricas, der Dominikanischen Republik, Panamas, Perus und Uruguays unter Verweis auf deren „Einmischung“. Doch nicht alle autoritären Regime zeichnen sich durch eine geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene aus. El Salvador schneidet bei diesem Indikator vergleichsweise gut ab, da Präsident Bukele sich aktiv für die Integration der zentralamerikanischen Länder einsetzt. Auch über Zentralamerika hinaus wächst der Einfluss Bukeles aufgrund seiner Popularität im Inland und seiner harten Haltung gegenüber der Bandenkriminalität.

Dank signifikanter Verbesserungen insbesondere in Brasilien hat sich also die Qualität der Regierungsführung in Lateinamerika und der Karibik im Berichtszeitraum leicht verbessert. Dennoch verzeichnete fast die Hälfte der untersuchten Länder einen Rückgang im Governance-In-

dex. Neue Herausforderungen wie der Rückgang der Auslandshilfe und die starken intraregionalen Migrationsströme sowie anhaltende Schwächen wie Korruption, institutionelle Blockaden und Mängel in der Politikgestaltung schränken die Wirksamkeit der Regierungsführung ein. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert einen multidimensionalen Ansatz, der die Professionalisierung der Verwaltung sowie institutionelle Grundlagen für ein wirksames Politiklernen und eine effektive Koordinierung umfasst. Gleichzeitig ist die Förderung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

Ausblick

Die Länder Lateinamerikas und der Karibik befinden sich in der Mitte der 2020er Jahre an einem prekären Schnittpunkt zwischen politischer Polarisierung, wirtschaftlicher Unsicherheit und ökologischer Verwundbarkeit. Zwar erweisen sich die Wahlsysteme in den demokratischen Ländern als weitgehend stabil, doch langjährige Schwächen und neue Herausforderungen stellen die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen auf die Probe. Die weit verbreitete Korruption, Straflosigkeit, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten sowie die zunehmende Kriminalität und Gewalt untergraben das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und stärken die Anziehungskraft des Populismus. Populistische Akteure, deren Ursprung oftmals außerhalb der traditionellen Parteiensysteme liegt, nutzen die wachsende soziale Unzufriedenheit und Unsicherheit, um vereinfachte Lösungen für tief verwurzelte strukturelle Probleme anzubieten. Sobald sie an der Macht sind, neigen Populisten dazu, die Polarisierung zu verstärken und demokratische Institutionen zu untergraben, während die Entwicklung und Umsetzung langfristiger Lösungsansätze in vielen Fällen scheitern.

Die regionalen Schwergewichte Argentinien und Brasilien stehen sowohl vor wirtschaftlichen als auch vor politischen Herausforderungen. Argentinien steht aktuell aufgrund des radikal libertären Reformprogramms der Regierung im Fokus des Interesses. Präsident Milei, der mit der Ankündigung einer wirtschaftlichen Schocktherapie und einer ausgeprägten Anti-Establishment-Rhetorik gewählt wurde, hat die konventionelle Politik durch Exekutivverordnungen und kulturkämpferische Positionen ersetzt. Kurzfristig wurden durch die Liberalisierungsmaßnahmen deutliche makroökonomische Verbesserungen erzielt, jedoch um den Preis einer verschärften sozialen Ungleichheit und einer Umgehung der Legislative, was Befürchtungen eines wachsenden Demokratiedefizits geweckt hat. In Brasilien reichen die Herausforderungen bereits weiter zurück, aber sie sind nicht weniger folgeschwer. Präsident Lula hat die Rolle des Landes als regionaler und ökologischer Vorreiter, insbesondere in der globalen Klimadebatte, bekräftigt. Seine Regierung sieht sich jedoch mit einer starken Opposition im Kongress, einer schleppenden Reformdynamik und einer möglichen Rückkehr zu politischer Instabilität konfrontiert, sollte Jair Bolsonaro oder einer seiner Verbündeten 2026 wieder auf die politische Bühne zurückkehren. Der Aufstand vom Januar 2023 zeugt von der Fragilität der demokratischen Errungenschaften Brasiliens angesichts einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft.

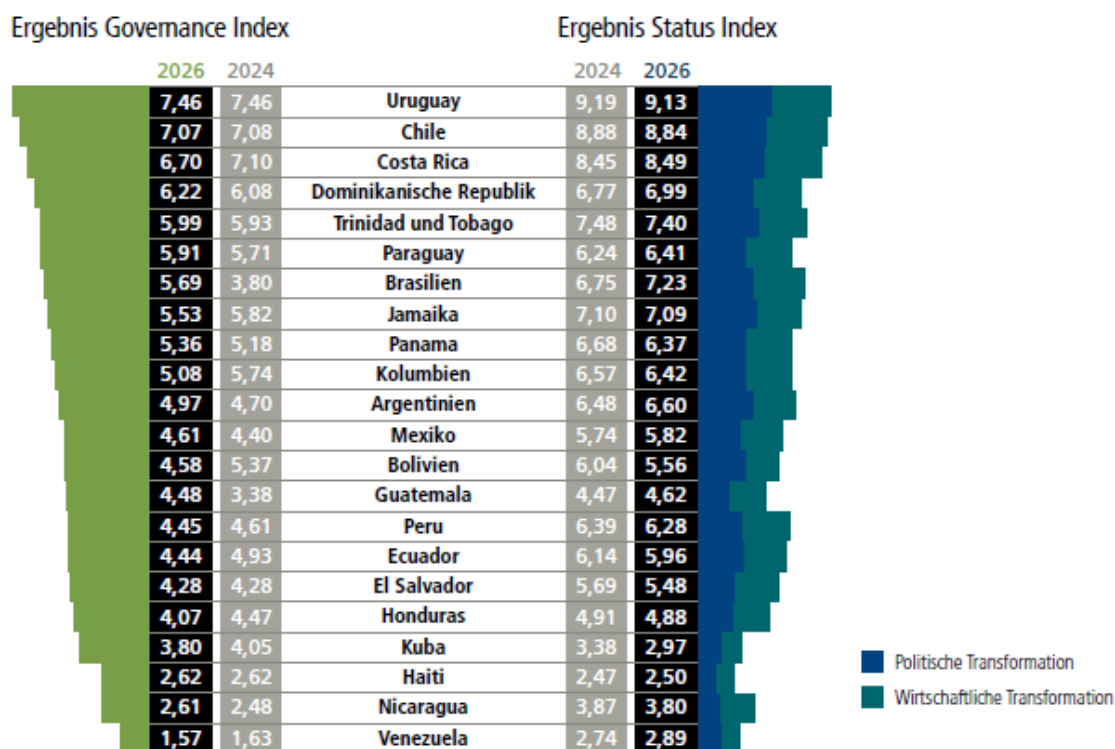
Besonders groß ist die wirtschaftliche und politische Unsicherheit in Bolivien. Das Land, das lange Zeit von seinen Gasexporten abhängig war, befindet sich nun an einem Wendepunkt. Angesichts schwindender Reserven und wachsender Schulden steht die Regierung vor einem wirtschaftlichen Abgrund, während die wichtigsten politischen Akteure von internen Machtkämpfen

innerhalb der MAS in Anspruch genommen sind. Andere Länder wie Honduras und Guatemala weisen unterdessen chronische Formen des demokratischen Verfalls auf: schwache Institutionen, fragmentierte Parteiensysteme und Regierungen mit begrenzten Möglichkeiten, gegen weit verbreitete Gewalt, Armut und Korruption vorzugehen. Zwar konnte Guatemala vor allem dank der neuen Führung unter Präsident Arévalo während des Berichtszeitraums in allen Bereichen Fortschritte erzielen. Gleichzeitig schränken aber ein zersplitterter Kongress und der Widerstand gegen demokratische Reformen durch etablierte Akteure die Reformagenda von Arévalo erheblich ein. Darüber hinaus sind Zentralamerika und einige karibische Länder nach wie vor stark von Remittances und US-Hilfe abhängig, was sie besonders anfällig für Trumps härtere Haltung in Bezug auf Migration und regionale Zusammenarbeit macht. Selbst in einem erfolgreichen Land wie Chile, das bei den meisten Indikatoren Spitzenwerte erzielt, herrscht verbreitet Ernüchterung vor. Einst als stabilste Demokratie Lateinamerikas gepriesen, hat das Land zwei gescheiterte Verfassungsreformprozesse hinter sich und steckt weiterhin in einer politischen Sackgasse. Die Zersplitterung der linken und rechten Parteien hat die Mitte ausgehöhlt und Raum für den Aufstieg radikaler Kräfte, insbesondere auf der rechten Seite des politischen Spektrums, geschaffen.

In der gesamten Region verschärfen organisierte Kriminalität, Drogenhandel und schwache staatliche Institutionen eine anhaltende und sich oft verschlimmernde Sicherheitskrise. Haiti sticht als gescheiterter Staat hervor, der im Berichtszeitraum einen erheblichen Teil seines Territoriums an Banden verloren hat. Mehrere Übergangsregierungen konnten die sich verschlechternde Sicherheitslage nicht unter Kontrolle bringen und Wahlen durchführen. Hinzu kam eine tiefe, langanhaltende Wirtschaftskrise – das Jahr 2024 war das sechste Jahr in Folge mit negativem Wachstum und hoher Armut. In einer Reihe von Ländern hat sich die organisierte Kriminalität praktisch zu einer parallelen Machtstruktur entwickelt, die die Autorität des Staates in Frage stellt. Insbesondere Mexiko und das nördliche Dreieck bleiben Brennpunkte für Kartellaktivitäten, Erpressung und Bandengewalt. Ecuador, einst ein relativ sicheres Land, ist ebenfalls mit einer Eskalation der Gewalt konfrontiert, da seine Häfen und Grenzen zu wichtigen Knotenpunkten des globalen Drogenhandels geworden sind. Unterdessen hat Brasilien weiterhin mit tief verwurzelter Gewalt in den Städten zu kämpfen, insbesondere in Rio de Janeiro und São Paulo, wo Milizen und kriminelle Banden erhebliche Gebiete kontrollieren.

In Argentinien und Chile ist die organisierte Kriminalität weniger verbreitet, nimmt jedoch zu. In Städten wie Rosario ist ein Anstieg der Gewalt im Zusammenhang mit dem Drogenhandel zu verzeichnen. In Chile hat sich die öffentliche Debatte zunehmend auf die innere Sicherheit verlagert, wobei Einwanderung und steigende Kriminalität nun zu den wichtigsten politischen Themen gehören und eine harte Rhetorik und populistische Parolen befeuern. Die Sicherheitslage wird durch externe Faktoren weiter verschärft. Transnationale kriminelle Organisationen werden immer beweglicher und passen sich den Strafverfolgungsmaßnahmen durch digitale Plattformen, Kryptowährungen und ausgedehnte globale Handelsnetzwerke an. Ohne erhebliche Investitionen in Justizsysteme, Polizei und sozioökonomische Integration läuft die Region Gefahr, dass sich kriminelle Gruppen weiter festsetzen. In diesem Zusammenhang besteht ein akutes Risiko nicht nur in der Gewalt selbst, sondern auch in der Normalisierung des kriminellen Einflusses auf demokratische Institutionen und der Vereinnahmung des öffentlichen Raums.

Noch besorgniserregender ist die fortschreitende Verfestigung autokratischer Herrschaftsstrukturen in mehreren Ländern. In Venezuela hat sich das Maduro-Regime nach den manipulierten Wahlen von 2024 weiter verhärtet. Trotz einer leichten wirtschaftlichen Erholung, bedingt durch Öl-Exporte und einer vorsichtigen Rückkehr ausländischer Investitionen, bestehen die strukturellen Mängel des Rentierstaates fort. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut, und die öffentlichen Dienstleistungen sind stark defizitär. In Nicaragua hat sich die autoritäre Konsolidierung des sultanistischen Regimes von Daniel Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo vertieft, indem die Opposition durch Exil und Repression faktisch ausgeschaltet wurde. Jüngste Verfassungsreformen haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Macht innerhalb der Familie Ortega-Murillo verbleibt. Die bevorstehenden Verfassungsreformen von 2025 zielen auf eine Zentralisierung der Macht und die Unterdrückung abweichender Meinungen, womit sich die Autokratie absehbar weiter verfestigt. Durch eine Verfassungsänderung wurde die Rolle des „Co-Präsidenten“ offiziell geschaffen, die Murillo bereits in der Praxis innehatte, und die legislative, judikative und aufsichtsrechtliche Kontrolle des Landes auf das Ehepaar übertragen. In Kuba scheint die Demokratisierung angesichts der Verschärfung der US-Sanktionen und der Abkehr vom Dialog zugunsten einer Politik des maximalen Drucks in immer weitere Ferne zu rücken. Selbst begrenzte Reformen oder die Ausweitung des Privatsektors werden vom kubanischen Regime als potenzielle Trojanische Pferde für einen von den USA vorangetriebenen Regimewechsel angesehen.



El Salvador ist ein Sonderfall, da die Unterstützung bei Wahlen und die Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung dem zunehmend illiberalen Regime eine legitimatorische Basis verschafft haben. Präsident Bukele hat unter dem Banner einer effektiven Regierungsführung institutionelle Kontrollmechanismen abgebaut und die Macht konzentriert. Zwar ist die Bandenkriminalität im Land drastisch zurückgegangen – wobei die Verlässlichkeit der entsprechenden Daten umstritten ist – doch ging dies auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten und der Unabhängigkeit der Jus-

tiz. In Haiti steht der Staat am Rande des Zusammenbruchs. Ohne dringend notwendige Maßnahmen zum Wiederaufbau der Polizei, zur Wiederherstellung der territorialen Kontrolle und zur Bekämpfung der Korruption ist jeder Weg zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung praktisch versperrt. Im Gegensatz dazu bietet Guatemala unter Präsident Arévalo eine seltene, aber fragile Chance für eine demokratische Erneuerung.

Insgesamt sind die kurzfristigen Aussichten für eine Demokratisierung in den Autokratien in der Region düster, da die meisten Regime durch Repression, Kooptation und institutionelle Manipulation eine zunehmende Widerstandsfähigkeit erreicht haben. Zugleich ist nicht auszuschließen, dass der politische Kontext in Venezuela einen schrittweisen Wandel ermöglicht und eventuelle Risse innerhalb der nicaraguanischen Elite gewisse Spielräume eröffnen. Im Falle Venezuelas könnte ein kalibrierter Ansatz, der gezielte Sanktionserleichterungen, regionale Vermittlung und die Unterstützung der Opposition kombiniert, zu Fortschritten führen. Die Erwartungen sollten allerdings nicht zu hoch sein, solange das Regime intern geschlossen bleibt. Nichtsdestotrotz bleiben ein nachhaltiges internationales Engagement, ein strategischer Dialog und eine langfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Reformer im Exil unerlässlich, um selbst bescheidene Möglichkeiten der Demokratisierung zu wahren.

Der internationale Kontext erschwert Reformen und transformative Fortschritte in Lateinamerika und der Karibik zusätzlich. Die Rückkehr von Trump ins Weiße Haus wirft insbesondere für Länder, die von US-Investitionen, Handel, humanitärer und militärischer Hilfe oder Diplomatie abhängig sind, einen langen Schatten. Haiti und Kolumbien waren 2023 die größten Nutznießer von USAID. Der Rückzug von USAID aus Haiti hatte unmittelbare Auswirkungen auf die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage. Die Einstellung der US-Finanzhilfen für Mexiko und das nördliche Dreieck hat erhebliche Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit und die innere Sicherheit. Darüber hinaus führt die Kürzung oder Einstellung der regionalen Hilfe zu einer Lücke in kritischen Bereichen wie der sozialen Absicherung und der Gesundheitsversorgung. Diese Lücke könnte die Regierungen dazu zwingen, Hilfe aus anderen Quellen zu suchen, darunter auch von autoritären Akteuren wie China, die bereits ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Region ausgeweitet haben. Die Präsenz Chinas bietet zwar wirtschaftliche Chancen, erhöht aber auch das Risiko geopolitischer Spannungen und innenpolitischer Gegenreaktionen, da das Engagement Chinas in der Regel einheimische Lieferanten und Arbeitskräfte verdrängt.

Letztendlich hängt die demokratische Entwicklung der Region davon ab, ob es den Regierungen gelingt, das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen, Haushaltsdisziplin mit sozialer Inklusion in Einklang zu bringen, die eskalierende Sicherheitskrise zu bewältigen und Umweltbedrohungen nicht als Randthemen, sondern als zentrale Faktoren für langfristige Stabilität anzuerkennen. Ohne diese Veränderungen könnten die Demokratien der Region zunehmend in eine Grauzone abgleiten, die weder vollständig autoritär noch wirklich liberal ist und von Polarisierung, Populismus und permanentem Krisenmanagement geprägt ist.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de